

# Das Internationale Freiwilligenjahr 2001 – Eine Bilanz in sechs Thesen

Thomas Klie/Paul-Stefan Roß

Freiburg, Mai 2002

Das Jahr 2001 wurde von der UN zum Internationalen Freiwilligenjahr erklärt. Eine kaum absehbare Zahl von Veranstaltungen fanden in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs statt. Was hat diese Proliferation von Veranstaltungen gebracht? War es nur ein Strohfeuer, oder aber kann die Wirkung des Internationalen Freiwilligenjahres 2001 so bewertet werden, dass es von den Kommunen genutzt wurde, das Thema Bürgerschaftliches Engagement in der Breite zu verankern, Strukturen zu seiner Förderung zu schaffen und die verschiedenen Akteure in ihrem Bemühen systematisch aufeinander zu beziehen? Eine Bilanz aus der wissenschaftlichen Begleitung des Landesprogramms zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in sechs Thesen:

## **1. In den baden-württembergischen Städten, Gemeinden und Landkreisen wurden neben einer unübersehbaren Zahl von Einzelaktivitäten auch Infrastrukturentscheidungen für die Förderung freiwilligen Engagements getroffen und neue Wege in der Würdigungskultur beschritten. Hierdurch wurde das Internationale Freiwilligenjahr 2001 genutzt, um langfristige und nachhaltige Wirkungen zu entfalten.**

Im Internationalen Freiwilligenjahr 2001 ist in Baden-Württemberg viel geschehen. Für eine ganze Reihe von Kommunen und Verbänden gab das Freiwilligenjahr Anlass, sich (ggf. erstmals) intensiver mit der Situation und dem Wandel freiwilligen Engagements und mit zeitgemäßen Möglichkeiten seiner Förderung auseinanderzusetzen. V.a. aber sind in diesem Jahr – so unsere These - Initiativen zur Förderung freiwilligen Bürgerschaftlichen Engagements auf den Weg gebracht worden, die nachhaltig zu sein versprechen:

- Viele Städte, Gemeinden und Landkreise haben das Freiwilligenjahr genutzt, um sich systematisch um die Anerkennung und Würdigung Bürgerschaftlichen Engagements zu bemühen und dafür neue und vielfältige Formen zu entwickeln. Dabei ging es in der Mehrzahl der Kommunen nicht um einmalige Aktionen, sondern darum, den Grundstein für eine dauerhafte, breit angelegte und phantasievolle *Anerkennungskultur* zu legen.
- Alleine in den vergangenen eineinhalb Jahren sind in Baden-Württemberg 20 neue örtliche Anlaufstellen für Engagement eröffnet worden (womit es im Land derzeit insgesamt mindestens 120 solcher Stellen gibt). Das Wichtige dabei: Fast alle dieser Stellen wurden unbefristet eingerichtet und als Bestandteil kommunaler Gesamtstrategien zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements konzipiert. Sie sind also weder „Eintagsfliegen“ noch unverbundene „Versatzstücke“.
- Das Internationale Freiwilligenjahr wurden von Verbänden und Kommunen genutzt, um Qualifizierungsangebote für engagierte BürgerInnen, aber auch für Fachkräfte und Verwaltungsleitungen zu entwickeln – oft in trägerübergreifender Kooperation. Gerade Fortbildungen sind geeignet, Bürgerschaftliches Engagement und die Bemühungen um seine Förderung langfristig zu stärken und zu qualifizieren. Dies gilt in besonderem Maße für die BürgermentorInnen, von denen im relativ kurzen Zeitraum von gut einem Jahr über 200 ausgebildet werden konnten. Auf Grund der fast überall positiven Resonanz sollen diese Angebote auch über 2001 hinaus fortgeschrieben werden.

- Über die unmittelbare Bezuschussung der einzelnen bürgerschaftlichen Vereine, Gruppen und Projekte hinaus investieren die Kommunen mittlerweile erhebliche eigene Mittel in die Schaffung dauerhafter Rahmenbedingungen, die für Bürgerschaftliches Engagement förderlich sind (s.u. These 4): Eben in Anlaufstellen, Anerkennung und Fortbildung, aber auch in Erfahrungsaustausch und Vernetzung.

**2. Das Thema „Freiwilliges Engagement“ hat seinen festen Platz in der Fachdiskussion, aber auch im politischen Diskurs gefunden. Es wird auch über das Internationale Freiwilligenjahr hinaus lebendig bleiben. Das Freiwilligenjahr hat dazu beigetragen, dass die Diskussion differenzierter, breiter und auch politischer geführt wird.**

Eine zweite Frage, die ein „Internationales Jahr“ provoziert, lautet: „Und was kommt danach?!“ Und meist lautet die pessimistische Prognose, mit der letzten Abschlussveranstaltung werde auch das jeweilige Thema, nachdem es zwölf Monate „hochgejubelt“ worden war, wieder in der Versenkung verschwinden. Im Falle des Themas „Freiwilliges Engagement“ spricht vieles dafür, dass wir es hier nicht mit einem kurzfristigen Modethema, sondern mit einem langfristigen Trendthema zu tun haben. Was wird unserer Einschätzung nach die Frage des freiwilligen Engagements auf der Tagesordnung halten?

Zum einen sind es Faktoren, die derzeit das politische System in der Bundesrepublik insgesamt prägen: 1. die geringer werdenden finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen, 2. die Einsicht in die grundsätzlichen Grenzen dessen, was politische Steuerung (mit den klassischen Steuerungsmedien Geld und Recht) und administrative Planung (auch abgesehen vom Umfang vorhandener finanzieller Mittel) für die Gewährleistung einer zukunftsbeständigen Gesellschaftsentwicklung leisten kann, 3. der tiefgreifende Wandel gesellschaftlicher Institutionen wie Familie, Kirchen und anderer weltanschaulich gebundener Organisationen, der das Entstehen sozialer Netze voraussetzungsreicher werden läßt, sowie 4. eine wachsende Unzufriedenheit mit den klassischen Formen repräsentativer Demokratie (Rückgang der Wahlbeteiligung, Kritik am Gebaren der Parteien usw.). Das „gleichzeitige Auftreten von Finanzierungs-, Steuerungs- und Legitimationsproblemen“ sorgt dafür, dass sich die Diskussion um das Bürgerschaftliche Engagement zunehmend verstärkt.

Zum anderen wir das Thema deshalb auf der Tagesordnung bleiben, weil viele der konkreten Initiativen, die in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie den Verbänden und Organisationen im Internationalen Freiwilligenjahr (und oft schon lange zuvor) zur Förderung und Würdigung freiwilligen Engagements auf den Weg gebracht worden sind, langfristiger Natur sind (s.o. These 1).

**3. Ehrenamt und freiwilliges Engagement werden in der Zukunft mehr noch als heute in ihrem Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens gesehen werden. Ihre bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Dimension wird stärker in den Vordergrund treten.**

Die o.g. Gründe, weshalb das Thema „freiwilliges Engagement“ auf der fachlichen und politischen Tagesordnung bleiben wird (These 2), haben einen gemeinsamen Nenner: das Thema wird mehr und mehr in einen breiten gesellschaftspolitischen Zusammenhang gestellt. Dies ist gerade im Internationalen Freiwilligenjahr verstärkt bewusst geworden und wird,

wenn nicht alles täuscht, auch die Ergebnisse der Bundestags-Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ prägen.

Wenn heute vom Engagement der BürgerInnen die Rede ist, dann geht es dabei um mehr als darum, möglichst viele „helfende Hände“ zu gewinnen. Es geht auch um mehr als um Dienstleistungen, die diejenigen Tätigkeiten ergänzen, die gegen Geld und durch beruflich tätige Fachkräfte erbracht werden. Es geht darum, dass in einer Gesellschaft, die immer komplexer und vielschichtiger (und damit immer weniger steuerbar) wird, dass die verantwortliche Beteiligung möglichst vieler BürgerInnen an der Gestaltung des öffentlichen Raums zur notwendigen Grundlage für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft überhaupt wird.

In der Praxis heißt das: Ehrenamtliches, freiwilliges Engagement wird sich auch weiterhin vielen verschiedenen konkreten, überschaubaren Zielen und Aufgaben widmen. Es wird sich aber immer wieder – und immer öfter – auch darum kümmern, wie es über seinen einzelnen Zweck hinaus einen Beitrag dazu leisten kann, das Gemeinwesen mit zu gestalten: wie es das soziale Miteinander in der Gesellschaft und die demokratische Teilhabe möglichst vieler Menschen stärken kann. Genau damit aber erhält freiwilliges Engagements eine zivilgesellschaftliche, bürgerschaftliche Dimension.

So verstanden stellt „Bürgerschaftliches Engagement“ – anders, als es in den Kommunen oft zunächst wahrgenommen wird – keine *weitere* Engagementform dar, die gewissermaßen *neben* dem „traditionellen Ehrenamt“ in den Vereinen, den „Bürgerinitiativen“ im politischen Bereich, dem „neuen freiwilligen Engagement“ in Initiativen und Projekten und der „Selbsthilfe“ steht dar: gemeint ist vielmehr eine spezifische *Dimension* von Engagement. Freiwilligem Engagement eine „bürgerschaftliche Dimension“ zu verleihen heißt zum einen, neue Formen, neue Felder und neue Themen einzubeziehen. Es heißt aber genauso, bestehende Engagementbereitschaften und –formen in ihrer zivilgesellschaftlichen Bedeutung zu würdigen und ggf. bürgerschaftlich weiter zu entwickeln.

Damit ist ein Programm formuliert, das über eine Modernisierung der Ehrenamtsförderung hinausgeht. Vielmehr sind in sehr grundsätzlicher Weise erstens neue *Rollen* angesprochen: eine neue Rolle der BürgerInnen aber auch eine neue Rolle staatlicher Politik und Verwaltung, eine neue Rolle der großen Organisationen und Verbände des 3. Sektors (Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbände usw.) sowie auch eine neue Rolle der Wirtschaft. Angesprochen sind zweitens veränderte *Strukturen* des Zusammenwirkens dieser Felder. Und angesprochen ist drittens ein neues gesellschaftliches *Leitbild*, dass diesen veränderten Rollen, Selbstverständnissen und Strukturen einen Rahmen bietet: Ein Leitbild, für das derzeit der Begriff der „Bürger-“ oder „Zivilgesellschaft“ bzw. der „Bürgerkommune“ quer zu den politischen Lagern konsensfähig ist – allerdings bei gleichzeitiger Unschärfe des Bedeutungsgehaltes.

#### **4. In Baden-Württemberg wächst die Zahl derjenigen Städte, Gemeinden und Landkreise, die Konzepte einer systematischen Förderung Bürgerschaftlichen Engagements entwickeln oder ausbauen, dies als wichtige politische Steuerungsaufgabe verstehen und dabei z.T. nicht unerhebliche kommunale Mittel investieren.**

In den drei interkommunalen Netzwerken, die im Rahmen der Landesförderung Bürgerschaftlichen Engagements seit 1999 schrittweise aufgebaut worden sind, wirken derzeit 44 Städte, 21 Gemeinden und 17 Landkreise. Sie alle arbeiten (angepasst an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort) daran, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für Bürgerschaftliches Engage-

ment förderlich sind: Örtliche Anlaufstellen, Aufbau von Netzwerken für Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit, Qualifizierungsangebote, neuen Formen der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen, Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen, Entwicklung neuer Schnittstellen zwischen Gemeinderat und nicht-repräsentativen Formen politischer Beteiligung sowie – ein Schwerpunkt im internationalen Freiwilligenjahr 2001 - neuen Formen der Anerkennung und Würdigung freiwilligen Engagements.

Während das Volumen der finanziellen Förderung, die seitens des Landes für den Aufbau einer kommunalen Infrastruktur der BE-Förderung zur Verfügung gestellt wird, im letzten Jahr deutlich abgenommen hat (in 2001 noch knapp 400.000 EUR), sind die von den Städten, Gemeinden und Landkreisen in diesen Bereich investierten kommunalen Mittel erheblich gestiegen: Bezogen auf die 80 Mitgliedskommunen des Landesnetzwerks BE handelt es sich dabei in 2001 um mindestens 2,5 Mio. EUR.

Mit der Zahl der heute beteiligten Kommunen, der langfristigen Qualität der hier geleisteten Arbeit, mit über 120 örtlichen Anlaufstellen für Engagement sowie mit dem Ansehen, das die Personen (insbesondere die BürgermeisterInnen), die entsprechende Konzepte vorantreiben, genießen, scheint mit Blick auf die Wirkung im Land ein bestimmtes „kritisches Maß“ überschritten zu sein, das für die Akzeptanz des Ansatzes einer systematischen Förderung Bürgerschaftlichen Engagements wichtig ist.

**5. Bürgerschaftliches Engagement erfordert eine systematische Förderung auf kommunaler Ebene, die von allen gesellschaftlichen Feldern mitgetragen wird; eine Förderung, die ihre Aufgabe in der Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen sieht. Dies verlangt eine klare politische Option.**

Bürgerschaftliches Engagement stellt keine „Sparte“ neben anderen Engagementformen dar, sondern eine spezifische Dimension freiwilligen Engagements (These 3). Dementsprechend ist auch die BE-Förderung im Gesamtkontext der vielfältigen Bemühungen um das freiwillige Engagement als eine Querschnittsaufgabe zu verstehen, nicht als eine „Säule“.

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen werden die verschiedenen *Ansätze der Förderung* von Engagement – die klassische Vereinsförderung, die Unterstützung neuer Projekte, Gruppen und Initiativen, die Selbsthilfeförderung und die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements – derzeit überwiegend als nebeneinander stehend und additiv (wenn nicht sogar als konkurrierend) betrachtet. Vor dem Hintergrund des gerade erläuterten Verständnisses von Bürgerschaftlichem Engagement ist dies freilich eine wenig angemessene Sichtweise. Ebenso wenig hilfreich ist, diese Unterschiede nicht zu sehen oder ihnen gegenüber einfach Indifferenz an den Tag zu legen („Alles ist gleich“).

Notwendig ist vielmehr eine klare politische Grundsatzposition für ein zivilgesellschaftliches Leitbild, das a) die Notwendigkeit Bürgerschaftlichen Engagements für eine zukunftsbeständige Gesellschaft erkennt, b) die Förderung dieses Engagements als Aufgabe aller gesellschaftlichen Bereiche versteht und c) die Rolle der Politik darin sieht, die Rahmenbedingungen herzustellen, innerhalb derer diese Aufgabe gelöst werden kann. Eine Politik der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements wäre damit weder Laissez faire noch Detailsteuerung, sondern „Landschaftspflege“ und Kontextsteuerung.

**6. Das Landesnetzwerk BE ist ein wichtiger Motor bürgerschaftlicher Entwicklungen im Lande geworden. Sollen die unterschiedlichen, miteinander verwandten Ansätze in der Landespolitik, die auf zivilgesellschaftliche Entwicklungen setzen, zum Tragen kommen, so bedarf es einer Gesamtkonzeption des Landes sowie einer Integration der vielfältigen Förderaktivitäten der Landesregierung.**

Die gerade entfaltete Sichtweise dessen, was Förderung Bürgerschaftlichen Engagements meint, hat nicht nur für die Kommunen, sondern auch für das Land Konsequenzen: Es ist nicht damit getan, die unterschiedlichen Ansätze der Engagementförderung, die sich in den letzten Jahren in Ministerien herausgebildet haben, lediglich nebeneinander zu stellen, eingeteilt nach bestimmten Themen bzw. Zuständigkeitsbereichen (Soziales, Umwelt, Sport, Musik usw.) oder nach bestimmten Engagementformen (Vereine, Selbsthilfe, Initiativen usw.). Auch eine organisatorische Zentralisierung von Zuständigkeiten erscheint weder angemessen noch umsetzbar. Beides festigt bestenfalls den status quo, dient aber in keinem Fall einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung freiwilligen Engagements.

Zeitgleich zur Debatte um unterschiedliche Ressortansätze der Engagementförderung, aber inhaltlich bislang unverbunden wird auch in der Landesregierung über neue Modelle und Stile staatlichen Handelns diskutiert (Neue Steuerung, "ermöglichender Staat"). Wenn es gelingt, diese beiden Debatten unter einem zivilgesellschaftlichen Vorzeichen zusammenzuführen, werden sich auch für die Frage, wie eine Landesregierung bzw. -verwaltung heute angemessen freiwilliges bürgerschaftliches Engagement fördern und unterstützen kann, neue Perspektiven ergeben:

- Perspektiven, die alle ministeriellen Ebenen von den Ressortleitungen bis zu den mit Umsetzungsaufgaben betrauten Stellen betreffen im Sinne von "Fachstandards" bei der Konzipierung von Fördermaßnahmen, der Maßnahmensteuerung, der Beteiligung von BürgerInnen und Kommunen und der Würdigung von Engagement.
- Perspektiven, die die einzelnen Ressortansätze nicht aufheben, wohl aber ihnen eine gemeinsame Dimension und Grundausrichtung verleihen.
- Perspektiven, die in organisatorischer Hinsicht nicht auf eine "Zentralstelle" hinauslaufen, sondern auf ein "Kompetenzzentrum", das die jeweiligen Ressorts in Fragen der Engagementförderung berät und unterstützt.
- Perspektiven, die auch den Modus der Bewirtschaftung von Finanzmitteln verändern, etwa von ressortorientierten Kostenstellen hin zu projektbezogenen Gesamtbudgets.

Eine solche Ausrichtung könnte eine Landespolitik zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements schließlich in die Lage versetzen, jene Aufgaben zu lösen, die unübersehbar anstehen, die das Landesnetzwerk BE aber „aus eigener Kraft“ kaum bewältigen können: eine Integration der verschiedenen Förderaktivitäten der Landesregierung, die verbindliche Einbindung von Organisationen/Verbänden aus allen Bereichen des 3. Sektors (Soziales, Kultur, Sport, Umwelt) sowie die Kooperation mit der Wirtschaft.